



Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Gemeinde Bischoffen

Aufgrund des § 82 Abs. 6 in Verbindung mit den §§ 62 Abs. 5 Satz 2 und 60 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1981 (GVBl. I S. 66) sowie gemäß § 34 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse der Gemeinde Bischoffen hat die Gemeindevertretung am 14.12.1987 für die Ortsbeiräte folgende

Geschäftsordnung

erlassen:

§ 1

Konstituierung des Ortsbeirates, Wahl des Vorsitzenden, seiner Stellvertreter und der Schriftführer

Der bisherige Ortsvorsteher beruft den Ortsbeirat binnen sechs Wochen nach der Wahl zu seiner konstituierenden Sitzung. Er leitet die Sitzung, bis der Ortsvorsteher neu gewählt ist. Bewirbt er sich erneut um die Funktion des Ortsvorstehers, so leitet das an Jahren älteste Mitglied des Ortsbeirates die Wahl.

§ 2

Aufgaben des Ortsbeirates

- (1) Gemeindevertretung und Gemeindevorstand hören den Ortsbeirat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, insbesondere zu dem Entwurf des Haushaltsplanes. Der Ortsbeirat hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen. Vorschläge reicht er schriftlich bei dem Gemeindevorstand ein. Dieser legt sie mit seiner Stellungnahme der Gemeindevertretung vor, wenn sie für die Entscheidung sachlich zuständig ist.
- (2) Der Ortsbeirat ist zu Angelegenheiten nicht zu hören, die den Ortsbezirk nur als Teil der Gemeinde insgesamt berühren. Insbesondere ist er nicht vor Erlass, Änderung und Aufhebung von Ortsrecht zu hören, das für alle Ortsbezirke der Gemeinde unterschiedslos gilt und damit nur die Gesamtinteressen der Gemeinde angeht, die zu wahren Aufgabe der Gemeindevertretung ist.

- (3) Der Ortsbeirat gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Ausschlussfrist von 6 Wochen gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung ab. Hört der Gemeindevorstand den Ortsbeirat an, so gilt Satz 1 entsprechend; die Stellungnahme ist gegenüber dem Bürgermeister abzugeben.
- (4) Gibt der Ortsbeirat eine Stellungnahme nicht oder nicht innerhalb der Frist nach Abs. 3 ab, so gilt dies als Zustimmung.

§ 3

Aufgaben des Ortsvorstehers, Einladung zu den Sitzungen

- (1) Der Ortsvorsteher beruft die Mitglieder des Ortsbeirates zu den Sitzungen schriftlich unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung (Tagesordnung). Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens drei Tage liegen. In eiligen Fällen kann der Ortsvorsteher die Ladungsfrist abkürzen, jedoch muss die Ladung spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Er muss auf die Abkürzung in der Ladung ausdrücklich hinweisen.
- (2) Der Ortsvorsteher setzt die Tagesordnung und den Zeitpunkt der Sitzungen im Benehmen mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorstand fest.
- (3) Über Angelegenheiten, die nicht auf der Einladung zu der Sitzung verzeichnet sind, kann nur verhandelt und beschlossen werden, wenn zwei Drittel der in der Hauptsatzung festgelegten Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates zustimmen.

§ 4

Verpflichtung zu Einberufung des Ortsbeirates

Der Ortsvorsteher muss den Ortsbeirat unverzüglich einberufen, wenn es ein Viertel der satzungsmäßigen Mitglieder, die Mehrheit der Gemeindevertretung oder des Gemeindevorstandes unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände schriftlich verlangt und diese zu seiner Zuständigkeit gehören. Die Antragsteller haben eigenhändig zu unterzeichnen.

§ 5

Teilnahme an den Sitzungen

- (1) Die Mitglieder des Ortsbeirates sind verpflichtet, an den Sitzungen des Ortsbeirates teilzunehmen. Bei Verhinderung haben sie ihr Ausbleiben vor Beginn der Sitzung dem Ortsvorsteher anzuzeigen.

- (2) Ein Mitglied des Ortsbeirates, das die Sitzung vorzeitig verlassen will, hat dies dem Ortsvorsteher vor Beginn, spätestens vor dem Verlassen der Sitzung, anzuzeigen.
- (3) Gemeindevertreter, die in dem Ortsbezirk wohnen, dem Ortsbeirat jedoch nicht als ordentliche Mitglieder angehören, können an seinen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 6 **Beschlussfähigkeit**

- (1) Der Ortsbeirat ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Mitglieder anwesend ist. Der Ortsvorsteher stellt die Beschlussfähigkeit bei Beginn der Sitzung fest. Sie gilt solange als vorhanden, bis er die Beschlussunfähigkeit auf Antrag feststellt.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und tritt der Ortsbeirat zur Verhandlung über denselben Gegenstand zum zweiten Male zusammen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn in der Ladung zur zweiten Sitzung auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen wurde.
- (3) Besteht bei mehr als der Hälfte der Mitglieder des Ortsbeirates ein gesetzlicher Grund, der ihrer Anwesenheit entgegensteht, so ist der Ortsbeirat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig; seine Beschlüsse bedürfen in diesem Falle der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 7 **Sitzungsleitung, Verfahren**

- (1) Der Ortsvorsteher leitet die Sitzungen des Ortsbeirates, er handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus.
- (2) Der Ortsbeirat fasst seine Beschlüsse in öffentlichen Sitzungen. Er kann für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausschließen. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit werden in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden; die Entscheidung kann in öffentlicher Sitzung getroffen werden, wenn keine besondere Begründung oder Beratung erforderlich ist. Beschlüsse, welche in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden sind, sollen nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, soweit dies anhängig ist.

- (3) Der Ortsbeirat tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens zweimal jährlich.

§ 8

Ordnungsruf, Sitzungsausschluss

- (1) Der Ortsvorsteher kann ein Mitglied des Ortsbeirates bei ungebührlichem oder ordnungswidrigen Verhalten mit Nennung des Namens zur Ordnung rufen.
- (2) Der Ortsvorsteher kann ein Mitglied des Ortsbeirates bei grob ungebührlichem Verhalten oder wiederholtem ordnungswidrigen Verhalten für einen oder mehrere, höchstens drei Sitzungstage, ausschließen.
- (3) Der Betroffene kann gegen Maßnahmen nach Abs. 1 und 2 die Entscheidung des Ortsbeirates anrufen. Diese ist spätestens in der folgenden Sitzung zu treffen.

§ 9

Niederschrift

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Ortsbeirates ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist in der Regel auf die Angaben zu beschränken, wer in der Sitzung anwesend war, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vollzogen worden sind. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Jedes Mitglied des Ortsbeirates kann vor Beginn der Stimmabgabe verlangen, dass seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.
- (2) Die Niederschrift ist von dem Ortsvorsteher und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
- (3) Die Niederschrift ist während der nächsten Sitzung im Sitzungssaal offenzulegen.
- (4) Einwendungen können nach der Offenlegung beim Ortsvorsteher mündlich erhoben werden. Über Einwendungen entscheidet der Ortsbeirat in gleicher Sitzung.

§ 10

Sinngemäß anzuwendende Vorschriften

- (1) Für den Geschäftsgang des Ortsbeirates finden die Vorschriften der §§ 52 bis 55, 57 Abs. 2, 58 Abs. 1 bis 6, 61, 62 Abs. 5 Satz 2, Abs. 6, 63 Abs. 3 HGO sinngemäß Anwendung.
- (2) Im Übrigen finden auf das Verfahren des Ortsbeirates die Bestimmungen der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung ergänzend Anwendung, soweit nicht diese Geschäftsordnung Abweichendes bestimmt.

§ 11

Arbeitsunterlagen

Jedem Mitglied des Ortsbeirates sind ein Text der Hessischen Gemeindeordnung sowie je eine Ausfertigung der Hauptsatzung der Gemeinde, Geschäftsordnung der Gemeindevertretung sowie dieser Geschäftsordnung auszuhändigen. Werden diese während der Wahlzeit geändert, so gilt das auch für die geänderte Fassung.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Gemeinde Bischoffen vom 15.09.1975 außer Kraft.

Bischoffen, den 14.12.1987

Die Gemeindevertretung
der Gemeinde Bischoffen

(Vensky)
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Hinweis:

Geschäftsordnung (Urfassung)	vom	<u>14.12.1987</u>
	veröffentlicht am	<u>25.12.1987</u>
	in Kraft getreten am	<u>26.12.1987</u>

Ggf. vorstehende Änderungen wurden vollständig in die Geschäftsordnung eingearbeitet.

Bischoffen, den 01.06.2011



Venohr
-Bürgermeister-